

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/87

SAARBRÜCKEN - SPD-Parteitag
12. Mai 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	Solide Grundlage Zur Finanz- und Wirtschaftspolitik der SPD	42
2 - 3	Wohnungspolitik war jahrelang falsch Langfristiger Plan für den Wohnungsbau notwendig Von Dr. Lauritz Lauritzen, Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen	99
4 - 4a	P E R F I D I E Die Friedenspolitik der Bundesregierung und der Deutschland-Union-Dienst	76
5 - 7	Deutsche Sozialdemokratie und die Sozialistische Internationale Von Hans Janitschek, Generalsekretär der Sozialistischen Internationale	109

* * *

Solide Grundlage

Zur Finanz- und Wirtschaftspolitik der SPD

sp - Der zweite Tag des SPD-Kongresses in Saarbrücken war, wie vorgesehen, der Finanz- und Wirtschaftspolitik gewidmet. Es entspricht der Situation der SPD als führender Regierungspartei, daß Bundesfinanzminister Dr. Alex Möller und Bundeswirtschaftsminister Prof. Dr. Karl Schiller nicht nur Rechenschaftsberichte über ihre bisherige Tätigkeit gaben, sondern auch sozialdemokratische Zielvorstellungen, besonders in Richtung auf eine Modernisierung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in der Bundesrepublik entwickelten.

Daß hierbei auch die in letzter Zeit besonders leichtfertige Kritik der C-Parteien an der Bundesregierung zurückgewiesen werden mußten, versteht sich am Rande. Diese Parteien haben 20 Jahre die Verantwortung für das politische Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland getragen. Sie stellten bis 1969 immer den Bundeskanzler und bis zur Bildung der Regierung der Großen Koalition auch den Wirtschaftsminister. Wenn sie heute von der Bundesregierung Brandt/Scheel fordern, sie sollte in wenigen Monaten in Ordnung bringen, was in den vergangenen 20 Jahren trotz des Fleißes von vielen Millionen Deutschen in gesellschaftspolitischer Hinsicht versäumt wurde, dann gehört dies bereits in den Bereich einer geistigen Bankrotterklärung.

Die Referate von Möller und Schiller sind aber als die Summe zukunftsweisender Anregungen zu werten, die aus der Partei selbst mit wohlbedachten Begründungen in das Konzept einer sozialdemokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitik in Form von Anträgen eingefügt werden. Hierbei zeigt sich, daß sozialdemokratisches Denken frei von dogmatischen Vorstellungen ist. Stabilität der Währung, wirtschaftliches Wachstum, Sicherung der Arbeitsplätze und Synchronisierung der gesamten Finanz- und Wirtschaftspolitik mit den Erfordernissen einer modernen Gesellschaftspolitik sind Grundlage aller Überlegungen.

Nie hat es bisher in der Bundesrepublik eine so übersichtliche und bis ins Detail gehende Konzeptentwicklung für die Finanz- und Wirtschaftspolitik gegeben. Wer die SPD kennt, weiß, daß eine solche Leistung nur deshalb möglich ist, weil die Partei schon in früheren Jahren, als sie noch in der Opposition stand, immer nur das von der jeweiligen Regierung gefordert hat, was nach gewissenhafter Prüfung aller Möglichkeiten realisierbar war.

Ohne Zweifel wird aber auch jetzt wieder versucht werden, bestimmte Einzelanträge zu dieser oder jener Frage so darzustellen, als repräsentierten sie das Denken "der SPD". Niemand soll sich täuschen. Was der Parteitag in Saarbrücken beschließt und seinen führenden Männern in der Regierung als Auftrag für die praktische Arbeit mitgibt, ist verbindlich für die Aktionen der stärksten Regierungspartei in der politischen Praxis.

Jeder kann sich darauf verlassen. Die SPD steht zu ihrem Wort.

+ + +

Wohnungspolitik war jahrelang falsch

Langfristiger Plan für den Wohnungsbau notwendig

Von Dr. Lauritz Lauritzen,

Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen

Die Situation auf unserem Wohnungsmarkt wird schlagartig beleuchtet durch die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung im Jahre 1968, die jetzt vorliegen. Danach leben 800.000 Familien noch in Baracken, Nissenhütten, sonstigen unzuweihenden "Wohngelegenheiten" oder in Untermiete, sind also ohne eine Wohnung. Von den festgestellten 19,66 Millionen Wohnungen haben sieben Millionen Wohnungen weder Bad noch Dusche (= 35 v.H. aller Wohnungen), 4,8 Millionen davon haben noch keine Toilette innerhalb der Wohnung (= 25 v.H.), 1,9 Millionen Wohnungen in 1,4 Millionen Gebäuden sind weder an Kanalisation noch an eine Hauskläranlage angeschlossen, 4,1 Millionen Wohnungen liegen in Gebäuden, die vor 1900 errichtet wurden. Wir wissen im Übrigen aus Expertenuntersuchungen, daß mindestens eine Million Wohnungen nicht mehr renovierungsfähig sind und daher abgebrochen und durch neue ersetzt werden müssen.

Das ist die erschütternde Bilanz der früheren Wohnungspolitik. Sie zeigt deutlich, auf welch tönernen Füßen die Euphorie der früher Verantwortlichen stand und macht klar, worauf die unbefriedigenden Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt wie der immer noch bestehenden Wohnungsmangel und die Entwicklung der Mieter letzten Endes zurückzuführen sind. Wer dafür verantwortlich ist, ergibt sich aus folgenden Feststellungen:

Nach der auf der Grundlage der Wohnungszählung 1956 fortgeschriebenen Statistik hätten wir am 1. Oktober 1968 einen Wohnungsbestand von 20,47 Millionen haben müssen, tatsächlich hatten wir aber nur 19,66 Millionen, also einen Fehlbestand von 810.000 Wohnungen. Die frühere Wohnungspolitik arbeitete also mit Zahlenangaben, die um viele Hunderttausend zu hoch waren. Das rechnerische Wohnungsdefizit von drei Prozent, mit dem die damalige Wohnungspolitik arbeitete, war nicht nur eine Fehlkonstruktion; denn für die Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung und die Bildung der "weißen Kreise" durfte man sich nicht mit einem Fehlbestand von drei Prozent zufrieden geben. Ein freier Wohnungsmarkt setzt voraus, daß Angebot und Nachfrage ausgeglichen sind und dazu gehört im Wohnungsmarkt ein angemessenes Überangebot von etwa drei Prozent als Fluktuationsreserve. Das Wohnungsdefizit wurde darüber hinaus mit statistischen Unterlagen ermittelt, die mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht übereinstimmten. Die errechneten drei Prozent waren also in Wirklichkeit mindestens fünf, wenn nicht sechs Prozent. Deshalb war die Aufhebung der Wohnungsbewirtschaftung fast überall zu früh und hat zu den bekannten Schwierigkeiten geführt.

Es war daher auch ein weiterer schwerer Fehler, daß die im Bundeshaushalt für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung gestellten Mittel von Jahr zu Jahr zurückgingen, so z.B. von 700 Millionen DM im Jahre 1957 auf 70 Millionen DM im Jahre 1966. Auch dies beruhte offensichtlich auf einer völlig falschen Einschätzung der tatsächlichen Verhältnisse; sie hat leider dazu geführt, daß der Anteil der Länder erheblich zurückgefallen ist.

Wir stehen jetzt vor der Situation, daß wir immer noch einen

großen Bedarf an Wohnungen haben. 800.000 Familien haben keine Wohnung, eine Million Wohnungen müssen durch neue ersetzt werden, und jährlich kommen durch das Anwachsen unserer Bevölkerung 300.000 neue Wohnungssuchende hinzu. Unter Berücksichtigung einer Fluktuationsreserve ergibt das für das Jahrzehnt von 1971 - 1980 einen Bedarf von fünf Millionen Wohnungen. Nach diesem Bedarf orientiert sich das langfristige Wohnungsbauprogramm, wie ich es kürzlich der Bundesregierung vorgelegt habe. Da es in erster Linie Aufgabe des Staates sein muß, sich um die Wohnungsversorgung der Bevölkerungsgruppen mit geringem Einkommen zu kümmern, sollte die Hälfte der notwendigen Wohnungen mit öffentlichen Mitteln gefördert werden; das wären jährlich 250.000 Wohnungen. Dafür werden mehr öffentliche Mittel des Bundes und der Länder notwendig sein als bisher, um dieses Volumen des Wohnungsbaus zu erreichen und auch die Förderungsbeträge für die einzelne Wohnung erhöhen zu können, damit wir tragbare Mieten erreichen.

Soziale Schwerpunkte dieses Programms sollen der Wohnungsbau für kinderreiche Familien, für alte Menschen, Alleinstehende und Schwerbehinderte, aber auch für junge Familien sein; gerade diese sind im bisherigen Förderungssystem immer etwas zu kurz gekommen. Regionale Schwerpunkte des künftigen Wohnungsbaus werden die strukturpolitischen Programme und Maßnahmen der Bundesregierung und der Länder sein. Hier muß der Wohnungsbau zu einer flankierenden Maßnahme der Strukturpolitik werden. Als Ergänzung zum Wohnungsbau ist eine verstärkte Förderung der Modernisierung des Althausbestandes vorgesehen.

Über die Finanzierung eines solchen Programms wird bei der Aufstellung der mittelfristigen Finanzplanung entschieden werden müssen. Dafür kommt der Einsatz von Haushaltsmitteln, vor allem aber der Rückflüsse aus früher gegebenen öffentlichen Darlehen in Betracht. Da es möglich sein wird, diese Rückflüsse durch eine Mobilisierung der Darlehen erheblich zu verstärken, kann hierin die Finanzierung für ein langfristiges Wohnungsbauprogramm gefunden werden.

Mittelbar wird ein solches Programm auch durch die Leistungen nach dem Wohnungsgoldgesetz gefördert. Denn die öffentliche Finanzierung des Wohnungsbaus (Objektförderung) findet ihre Ergänzung in der Hilfe für den Mieter durch das Wohngeld (Subjektförderung). Die Bundesregierung hat deshalb den Entwurf eines zweiten Wohngeldgesetzes beschlossen, dem im Rahmen ihrer Politik der inneren Reform eine entscheidende Bedeutung zukommt; es soll den Mieter im Besitz seiner Wohnung wirtschaftlich absichern. Durch dieses neue Gesetz werden die bisherigen Vorschriften an die Entwicklung der Einkommen, der Wohnungsgröße und der Mieten angepaßt werden. Die gesetzlichen Leistungen werden so erheblich verbessert, daß daraus dem Bund und den Ländern im Jahre 1971 Mehrausgaben von 360 Millionen DM entstehen werden. Außerdem soll das ganze Bewilligungsverfahren wesentlich vereinfacht, verbilligt und beschleunigt werden. Dieses Gesetz wird im übrigen auch beim Bau von Eigenheimen und Eigentumswohnungen die Belastungen in tragbaren Grenzen halten.

So sollen das langfristige Wohnungsbauprogramm und das neue Wohngeldgesetz dazu beitragen, endlich eine Lösung des Wohnungsproblems zu erreichen. Sie werden die tragenden Pfeiler der zukünftigen Wohnungspolitik sein.

+ + +

P E R F I D I E

Die Friedenspolitik der Bundesregierung und der Deutschland-Union-Dienst

- * Wer mit dem Widerstand gegen vertragliche Regelungen mit
- * unseren osteuropäischen Nachbarn, mit der Sowjetunion und mit
- * der DDR droht, der versperrt unserem Volk die realen Möglich-
- * keiten, an der Organisierung des Friedens und an den Be-
- * mühungen um eine europäische Friedensordnung als gleiche-
- * rechtiger Partner teilzunehmen. Vor dazu die Gefühle derer
- * mißbraucht, die durch den Verlust ihrer Heimat und das Schick-
- * sal der Vertreibung hart betroffen worden sind, der erschwert
- * oder verhindert die unserem Volk notwendige gemeinschaftliche
- * Anstrengung um partnerschaftliche Teilnahme an der Friedens-
- * sicherung. Die Konfrontation ideologischer und militärischer
- * Gegensätze und Macht zu zementieren, ist das Gegenteil dessen,
- * was für die Zukunft unseres Volkes erforderlich ist.

- * Herbert Wehner auf dem SPD-Parteitag in Saarbrücken

sp - Am gleichen Tag, an dem Herbert Wehner aus gegebenem Anlaß diese beschwörenden Worte in Saarbrücken aussprach, schrieb der Deutschland-Union-Dienst, das parteioffizielle Organ der CDU, ohne Zweifel sei die SPD in ihren Bemühungen, Verhandlungen mit Moskau, Warschau und Ostberlin zu einem - und sei es auch noch so kleinem Erfolg - zu bringen, zur Sklavln ihrer eigenen Vorleistungspolitik geworden. Man müsse befürchten, daß der Parteitag der SPD in wichtigen nationalen Fragen unwiederholbare Boden preisgeben werde.

Was soll eigentlich preisgegeben werden? Diese unverschämte, und sich selbst abqualifizierende Behauptung entspricht einer in der CDU/CSU weit verbreiteten Grundhaltung. In letzter folgenschwerer Konsequenz läuft sie auf eine Erschwerung oder gar Sabotage aller Anstrengungen der Regierung Brandt/Scheel hinaus, unser Verhältnis auch mit unseren östlichen Nachbarn einschließlich der DDR, ins Reine zu bringen. Die C-Parteien sprechen zwar auch von einem Gewaltverzicht, doch wenn sie Farbe bekennen sollen, flüchten sie ins Unverbindliche, ja zur Demagogie. Sie sprechen zwar von notwendigen und schmerzlichen Opfern, die um der Verständigung mit Polen willen gebracht werden müssen, doch vermeiden sie jede Festlegung; freilich wissen sie, was diese schmerzlichen Opfer bedeuten und welches Ausmaß sie haben werden. Vor vorgehaltener Hand geben auch führende CDU/CSU-Politiker zu, der von Hitler entfesselte Zweite Weltkrieg

könne nicht nachträglich gewonnen werden, doch in der Öffentlichkeit sprechen sie mit einer anderen Zunge.

Wollen sie damit bei einer besonderen Schicht unserer Bevölkerung, bei Flüchtlingen und Vertriebenen, Illusionen erwecken, sich dort als die "besseren Deutschen" aufspielen, denen "Verzicht" auf das, was wir nicht mehr haben und nicht mehr bekommen werden, nationaler Verrat bedeutet? Dies verträgt sich schlecht mit der so oft hervorgehobenen europäischen Gesinnung der Christdemokraten; unterliegen sie doch der Versuchung, nationalistische Instinkte wiederzubeleben und die Gefühle derer zu mißbrauchen, die durch den Verlust ihrer Heimat und das Schicksal der Vertreibung besonders schwer getroffen worden sind.

In der Regierung der Großen Koalition kam die CDU-Führung zu recht vernünftigen Einsichten. So billigte Kiesinger in seiner ersten Regierungserklärung Polen im Rahmen einer zu erstrebenden deutsch-polnischen Aussöhnung das Recht zu, in gesicherten Grenzen zu leben. Folgerungen hat er aus dieser Einsicht nicht gezogen, das blieb der Regierung Brandt/Schoel vorbehalten. Sie versucht, in einem schwierigen Gelände millimeterweise voranzukommen, sie versucht, die drückende und bedrückende Last einer schreckensvollen Vergangenheit abzubauen, das Tor für eine bessere Zukunft aufzuschließen. Dazu gehört eben die vorbehaltlose Achtung der Integrität der bestehenden Grenzen und der Abbau der Furcht, sie könnten von deutscher Seite eines Tages wieder in Frage gestellt werden. Das würde für unser geteiltes Land und für Europa Fortdauer der Unsicherheit und schließlich Tod und Verderben bedeuten.

Die redliche, sich an europäischen Realitäten orientierende Politik der gegenwärtigen Bundesregierung aus allzu durchsichtigen Gründen in den Dunstkreisen des Zweifels zu ziehen, ihr nationale Unzuverlässigkeit zu unterstellen, grenzt schon an Perfidie. Die C-Parteien haben - es gibt freilich auch in ihren Reihen rühmliche Ausnahmen - in der Deutschland- und Ostpolitik jeden Boden verloren. Sie tapen im Dunkeln. Sie versündigen sich an der Zukunft unseres Volkes. Hier haben die CDU/CSU in dem Zustand, in dem sie sich befinden, nichts Konstruktives, nichts Positives anzubieten. Sie praktizieren die Verneinung. Die große Mehrheit unserer Bundesbürger hat dafür kein Verständnis. Das werden die Christdemokraten noch zu spüren bekommen.

+ + +

Deutsche Sozialdemokratie und die Sozialistische Internationale

Von Hans Janitschek,
Generalsekretär der Sozialistischen Internationale

Geschichtlich betrachtet trug Deutschland stets einen wichtigen Beitrag zu der internationalen Sozialistenbewegung bei. Wie jedes Schulkind weiß, wurde Karl Marx in Trier geboren. Später wurde Marx Sekretär für Deutschland in der Führung der 1. Internationale. Auch in der 2. Internationale spielten deutsche Sozialdemokraten eine führende Rolle, eine Tradition, die nach dem 1. Weltkrieg innerhalb der Arbeiter- und Sozialistischen Internationale bis zum Verbot der SPD durch die Nationalsozialisten fortgesetzt wurde.

Nach dem Zusammenbruch des 3. Reiches 1945 folgte ein starkes Wiederaufleben der Sozialdemokratie in vielen Ländern Europas, einschließlich Deutschlands. Dieses Wiederaufleben wurde natürlich begleitet von der Wiederherstellung brüderlicher Kontakte zwischen den verschiedenen Parteien; die SPD schloß sich ebenfalls wieder der internationalen Gemeinschaft der Sozialdemokratie an. Als die neue Internationale offiziell 1951 gegründet wurde, war die SPD ein Ehrengründungsmitglied. Das Abhalten des Gründungskongresses in Frankfurt war eine symbolische Geste.

Einer der meist geachteten Sozialistenführer der Nachkriegszeit war Kurt Schumacher. Seine bewegende Ansprache bei der Züricher Konferenz der sozialistischen Parteien im Jahre 1947 hat schließlich den Geist der tragischen Tage von 1933 gebannt. Die durch Schumacher gesetzte Tradition wurde von Erich Ollenhauer als stellvertretender Vorsitzender der Internationalen von 1951 bis 1963 ausgezeichnet weitergeführt; kurz vor seinem jähen Tod wählte ihn die Internationale zu seinem Vorsitzenden.

Die enge Verbundenheit der SPD mit der Internationale pflegte nach dem Tode Ollenhauers auch Willy Brandt. Während der Sechziger Jahre war Brandt ein regelmäßiger und prominenter Teilnehmer bei vielen Spitzentreffen der Internationale. Am Anfang der Dekade, im Oktober 1961, nahm er am 7. Kongreß in Rom teil, der wenige Wochen nach dem Bau der berüchtigten Berliner Mauer stattfand. Als Regierender Bürgermeister von Berlin war Willy Brandt eine Schlüsselfigur während der Debatten, die in Rom stattfanden. In einer denkwürdigen Rede sagte er zu den Delegierten, daß "der Neo-Kolonialismus, der in Ostdeutschland herrscht, sicherlich nicht das letzte Wort in der Geschichte ist". Es wäre falsch, das Recht unseres Volkes auf Selbstbestimmung mit Gewalt wiederherzustellen, jedoch als Sozialdemokraten können wir auf das Recht auf Selbstbestimmung verzichten!

In einer Entschließung erklärten die Parteien der Internationale "ihre Solidarität mit den Menschen von Berlin und ihre standfeste Entschlossenheit, zu garantieren, daß diese Freiheit aufrecht erhalten bleibt". Die Internationale bestätigt erneut in diesem Zusammenhang ihren Glauben, daß eine friedliche Lösung in Mitteleuropa durch

Verhandlungen gefunden werden muß, für die eine westliche diplomatische Initiative gefordert wurde. Die Welt mußte bis zum Ende der Dekade auf diese Initiative warten. Es war sowohl richtig als auch ein Zeichen der veränderten Situation, daß diese Initiative von niemand anderem als Willy Brandt selbst ergriffen wurde.

1963 nahm Willy Brandt am 8. Kongreß der Internationale in Amsterdam teil, jetzt als stellvertretender Vorsitzender der SPD, bei der er den Delegierten eine hervorragende Übersicht über "Die internationale Lage und die Bemühungen um Frieden und Abrüstung" gab. Im Februar des folgenden Jahres trat er an die Stelle Ollenhauers als Vorsitzender der SPD, und zwei Monate später reiste er nach London zur 4. Parteiführerkonferenz der Sozialdemokratischen Internationale. Willy Brandt nahm auch am Kongreß anlässlich der Hundertjahrfeier der Internationale teil, der im September 1964 in Brüssel abgehalten wurde.

Willy Brandts großer Beitrag zur sozialdemokratischen Bewegung wurde auf dem Kongreß der Sozialdemokratischen Internationale in Stockholm im Mai 1966 dadurch anerkannt, daß er zum Vizepräsidenten gewählt wurde, neben Tage Erlander und Harold Wilson, als einer der Führer einer Bewegung, die mehr als 50 Parteien mit 15 Millionen Mitgliedern und fast 80 Millionen Wähler in der ganzen Welt umfaßt.

Sechs Monate nach dem Kongreß in Stockholm wurde die SPD zum erstenmal nach 1930 Regierungspartei, eine Entwicklung, die die Sozialdemokratische Internationale begrüßte als einen historischen Augenblick in den Annalen des demokratischen Sozialismus. Als Vizekanzler und Bundesaußenminister hatte Willy Brandt vorher Gelegenheit, die Bedeutung des sozialdemokratischen Alternative in der Praxis zu demonstrieren. Seine Stellung in den wichtigsten Ämtern gaben seinem Beitrag auf der 9. Parteiführerkonferenz der Internationale im Dezember 1967, die in Chequers, dem offiziellen Landsitz des britischen Premierministers Harold Wilson, stattfand, zusätzliches Gewicht bei diesem Treffen erfolgte eine ausführliche und detaillierte Diskussion über die europäische Integration, in der die feste Bindung des SPD-Vorsitzenden zur Idee der Ausweitung und Stärkung der

der Europäischen Gemeinschaften ein wichtiges Element war. Die britische Sunday Times hob hervor: "Diese Zusammenkünfte dienen noch immer einem Ziel, denn wenn es einen einzigen Faden gibt, der durch die unvollkommen verbundene Konstruktion des europäischen Sozialismus läuft, dann ist es der Wunsch nach einem stärker vereinigten Europa und speziell nach einer engeren britischen Verbindung mit diesem Europa."

Das Ausmaß von Willy Brandts Erfolg in der Regierung, besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik, fand weit und breit in der Internationale Anerkennung. Es wurde ebenfalls anerkannt durch das deutsche Volk bei den Bundestagswahlen im September 1969, als deren Ergebnis Willy Brandt Deutschlands erster sozialdemokratischer Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wurde. Die Sozialdemokratische Internationale sandte eine Glückwunschschaft zu diesem Ereignis, die die weitverbreitete Ansicht ausdrückte, daß eine neue Ära in der deutschen Politik eingetreten sei und daß unter Brandts Führung Deutschland "eine einflußreiche Kraft für Frieden, Fortschritt und Wohlstand in der Welt" sei. In der kurzen Zeit, die seit dem SPD-Sieg und dem Machtwechsel in Bonn verstrichen ist, geschah sehr viel, das die demokratischen Sozialisten in den Hoffnungen bestärkte, die in der Botschaft der Internationale zum Ausdruck kam.

Bürgermeister des belagerten Westberlin, SPD-Vorsitzender, Bundesaußenminister und schließlich Bundeskanzler - jede Stufe Willy Brandts in der Entwicklung zum Höhepunkt der Macht und des Ansehens wurde von der internationalen sozialistischen Bewegung mit Begeisterung und Unterstützung beobachtet. In vieler Hinsicht personifiziert Willy Brandt mit seiner Verbindlichkeit, seinem Mut, seinem Realismus und seiner Güte das, was moderne Sozialdemokratie ist. Er ist einer der großen Figuren in der internationalen Szenerie in der heutigen Zeit, aber er ist auch mehr. Vor allem ist er ein Führer des demokratischen Sozialismus, ein Mann mit Besonnenheit, Dynamik und Ausdruckskraft, der alle Hoffnungen und Erwartungen des demokratischen Sozialismus in einer gefährlichen Welt verkörpert.

+ + +